



MEDIENMITTEILUNG

Finanzlage bleibt angespannt

Der Voranschlag 2017 schliesst bei einem Aufwand von CHF 150'771'755 und einem Ertrag von CHF 149'607'634 mit einem Aufwandüberschuss von CHF 1'669'866 ab.

Die Budgetierung der Gemeinde Emmen für das Jahr 2017 war von vielfältigen Herausforderungen geprägt. Ziel bildet dabei ein weiterhin langfristigen, stabilen und gesunden Finanzhaushalt zu erreichen, damit die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Zielsetzungen aus der Strategie Emmen 2025 dauerhaft und wirksam weiterverfolgt werden können. Der Aufwärtstrend bei den Steuereinnahmen durch die natürlichen Personen hält an. Die erwarteten Tendenzen bei den juristischen Personen sind ebenfalls nach wie vor spürbar. Der Kanton geht hier von einer Steigerung der Erträge von 3.5% aus. Die wirtschaftliche Lage, die Konstellation der juristischen Personen im Emmer Steuerportfolio und die Erfahrungswerte des laufenden Jahres, deuten für die Gemeinde Emmen an, dass die in den letzten Jahren erfolgte Entwicklung weiter andauern dürfte. Aus diesem Grund konnten in einzelnen Bereichen optimistischer als in der Vergangenheit budgetiert werden.

Die Volksschule möchte die Stellvertretungen künftig in der Sekundarschule anders anbieten. Aus diesem Grund wurden die daraus resultierenden Kosten tiefer budgetiert, nämlich mit rund CHF 0.4 Mio. Zudem mussten aufgrund der veränderten Leistungsnachfrage Mehraufwände bei den Personalkosten von rund CHF 0.6 Mio. dargestellt werden. In einigen Bereichen muss mit weiteren Personalaufstockungen gerechnet werden. Teilweise können diese Mehrausgaben erst zeitlich verzögert durch Mehreinnahmen kompensiert werden.

Die bedeutenden Investitionen der vergangenen Jahre spiegeln sich im Budget wieder. Unterhaltskosten, Abschreibungen und Zinsaufwände mussten den neuen Begebenheiten angepasst werden. Zuletzt dominieren Belastungen seitens des Kantons die finanzielle Lage der Gemeinde Emmen weiterhin. Als Beispiele dafür können Kantonsbeiträge für SEG, IPV, Ergänzungsleistungen, etc. sowie die Restfinanzierungsbeiträge für die Pflegefinanzierung genannt werden.

Die seit ein paar Jahren neu angewendeten Berechnungsgrundlagen für den Finanzausgleich zeigen für das Jahr 2017 weniger einschneidende Wirkung als zuerst befürchtet, es resultiert nämlich annähernd derselbe Beitrag wie im Jahr 2016.

Die langfristige Investitionsplanung wurde auch für die Budgetierung 2017 angewendet. So konnte zwar der Anstieg der Verschuldung nicht verhindert, aber immerhin stark eingedämmt werden. Die daraus entstehenden Kosten für die laufende Rechnung werden dadurch ebenso gemässigt. Der optimierte



Budgetprozess, wie er erstmalig 2014 umgesetzt wurde, stärkte den direktionsübergreifenden Austausch und ermöglichte, die Zahlen gemeinsam besser zu steuern.

Sachgruppenergebnisse

Personalkosten

Die Personalkosten wurden um rund CHF 0.4 Mio. höher budgetiert als im Vorjahr. Für die budgetwirksame Lohnsteigerung der Lehrpersonen wurde gemäss kantonalen Vorgaben 0.0% budgetiert. Zudem wird ein erwarteter Mutationsgewinn von 0.5% eingesetzt. Aufgrund der momentan finanziellen Verhältnisse wurde für die Personalmassnahmen beim Verwaltungspersonal 0.0% eingerechnet.

Sachkosten

Die Sachkosten wurden insgesamt sehr zurückhaltend budgetiert. Daraus resultiert ein um rund CHF 1.7 Mio. tieferes Budget als im Vorjahr. Tiefere Ausgaben bei den Mobilien, bei Wasser, Abwasser und Energiekosten, beim baulichen Unterhalt zeichnen dafür hauptsächlich verantwortlich.

Der seit einigen Jahren anhaltende Trend, dass insgesamt weniger Investitionen realisiert werden als geplant wurden, hält nach wie vor an. Als Folge davon steigen die Abschreibungen moderat an. Das weiterhin sehr tiefe Zinsniveau ermöglicht es der Gemeinde zudem, günstige Refinanzierungen zu tätigen, welche auch in den kommenden Jahren den raschen Anstieg der Zinsbelastungen verhindern sollte.

Die eigenen Beiträge mussten erhöht werden, dies weil einerseits die Beiträge an den Kanton, die Gemeinden und Gemeindeverbände sowie gemischtwirtschaftliche Unternehmungen höher ausfallen werden. Im Weiteren muss von höheren Ausgaben für die wirtschaftliche Sozialhilfe gerechnet werden. Insgesamt stellen die Kosten im Sozialbereich weiterhin eine hohe finanzielle Belastung für die Gemeinde Emmen dar.

Erlöse

Aufgrund der aktuellen und der künftig zu erwartenden Entwicklungen konnten die Steuererträge optimistischer budgetiert werden mit einem Anstieg von rund CHF 3.0 Mio.

Trotz der geänderten Berechnungspraxis fällt der Beitrag aus dem kantonalen Finanzausgleich in derselben Höhe wie im Jahr 2016 aus. Der Finanzausgleich bedeutet eine deutliche Entlastung für die Gemeindefinanzen.

Bei den Beiträgen für eigene Rechnung werden die aufwandseitig dargestellten Beiträge an die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde bzw. an die Berufsbeistandschaft als Ertrag ausgewiesen. Dies aufgrund des Sitzgemeindemodells.



Investitionen

Das Budget 2017 der Investitionsrechnung sieht bei Bruttoausgaben von CHF 13'995'200 und Bruttoeinnahmen von CHF 3'238'000 Nettoinvestitionen von CHF 10'757'200 vor. Den Schwerpunkt der Ausgaben bilden die Hochbauten mit CHF 10.317 Mio. Davon entfallen CHF 2 Mio. auf die Sanierung der Schulanlage Hübeli und weitere CHF 2.7 Mio. für zusätzliche Kindergarteninfrastrukturen. Ein Teil der geplanten Investitionen wurde bereits mit früheren Sonderkrediten genehmigt, für die restlichen Investitionen werden dem Parlament separate Kredit- bzw. Sonderkreditanträge vorgelegt. Durch die erneute Auflage der langfristigen Investitionsplanung konnte das Investitionsvolumen für das Budgetjahr 2017 und die Planjahre 2018 - 2020 wesentlich besser gelenkt werden.

Finanzkennzahlen

Die andauernden, grossen Investitionen in Schulanlagen führen dazu, dass der Druck der Finanzkennzahlen weiter anhält. Die Massnahmen aus dem Stabilisierungsprogramm 2013 sowie die langfristige Investitionsplanung seit dem Jahr 2014 haben dazu geführt, dass sich die negative Entwicklung der Finanzkennzahlen in Grenzen hält. Im Weiteren kann vorderhand das Finanzreglement betreffend ausgeglichenen Rechnungen innerhalb von 5 Jahren nur bedingt eingehalten werden. Die getroffenen Massnahmen führen dazu, dass sich die Situation in den kommenden Jahren nicht zusätzlich verschlechtern sollte.

Jahresprogramm 2017

Die Ziele und das Programm des Gemeinderates werden direktionsweise aufgeführt. Die gespannte Finanzlage in der Gemeinde und im Kanton zeigen Auswirkungen auf die Ziele der Direktionen insofern, als dass geplante Projekte teilweise hinausgeschoben werden.

Würdigung

Die Finanzsituation der Gemeinde Emmen bleibt auch in der Wachstumsphase angespannt. Emmen prosperiert, Emmen entwickelt sich, Emmen strahlt aus. Kurz: Emmen boomt! Das führt auch dazu, dass die Steuereinnahmen, vor allem bei den natürlichen Personen, kontinuierlich ansteigen. Das erkennbare und das sich auch im Erscheinungsbild wahrnehmbare Wachstum führt im Gegenzug auch dazu, dass Aufgaben und Herausforderungen an die Verwaltung und die Volksschulen ansteigen. Der Gemeinderat und die Verwaltungen sind in diesem herausfordernden Umfeld stetig bemüht, die politischen Forderungen nach ausgeglichenen Rechnungen und Budgets zu erfüllen. Seit Jahren bemüht sich die Verwaltung mit Stabilisierungs- und Sparprogrammen das stetige Ausgabenwachstum einzudämmen, ohne dabei die Kernaufgaben zu vernachlässigen.



Planungsunsicherheiten

Der Regierungsrat des Kantons Luzern hat mit dem Konsolidierungsprogramm 2017 (KP 17; Botschaft B 55) ein weitreichendes Massnahmenpaket zur Sanierung des kantonalen Finanzhaushalts bis 2019 vorgelegt. Die vom Kanton geplanten Ausgabenreduktionen gehen zu einem grossen Teil zu Lasten der Gemeinden. Von den Einsparungen von 293.7 Mio. sind 156 Mio., also mehr als die Hälfte, Lastenverschiebungen an die Gemeinden. Die Gemeinden werden im Gegenzug durch verschiedene Massnahmen, insbesondere im Steuerbereich, entlastet. Damit können sie rund 96 Millionen kompensieren, sofern alle Entlastungsmassnahmen eine Mehrheit finden. Über die Jahre 2017-2019 verbleibt für die Gesamtheit der Gemeinden eine Nettobelastung von rund 61 Millionen oder 20 Millionen pro Jahr. Für die Gemeinde Emmen rechnen wir mit Mehrbelastungen, welche gemäss aktuellen Versprechungen des Regierungsrates mit dem neuen Wasserbaugesetz zu kompensieren wären, von ungefähr 2 Millionen Franken. Weiter ist zu berücksichtigen, dass auch die Unternehmenssteuerreform III für die Gemeinden mit Planungsunsicherheiten verbunden ist.

Defizit fürs Jahr 2017

Verwaltung und Schule der Gemeinde Emmen sind äusserst schlank aufgestellt und die zurück liegenden Sparprogramme sind immer umgesetzt worden. Der Gemeinderat wird die Massnahmen des Stabilisierungsprogrammes konsequent weiter führen. Das neue Budgetdefizit erfordert eine erneute Überprüfung aller Aufgaben und vor allem auch die Prüfung eines Leistungsabbaus. Dies wird dann vor allem den Bereich betreffen, bei welchem kein expliziter, gesetzlicher Auftrag vorliegt oder beim Umfang der nicht detailliert geregelten Aufgaben. Konkret führt das dazu, dass Leistungen abgebaut oder ausgedünnt werden müssen. Für den Gemeinderat ist eine Steuererhöhung dagegen nur eine ultima ratio. Zudem ist aus der Sicht des Gemeinderates eine mögliche Steuererhöhung auch als Lösungsansatz für die Lastenumverteilung des KP 17 vorzubehalten. Rein der Vollständigkeit halber ist zu erwähnen, dass Steuererhöhungen, unabhängig deren Begründungen, immer dem obligatorischen Referendum unterliegen.

Der Gemeinderat wird die Finanzlage daher künftig mit einer ausgewogenen Mischung aus Sparen, Leistungsverzichten sowie tragbaren Mehreinnahmen ausgeglichen gestalten müssen. Das erfordert aber auch eine politische Beurteilung und politische Signale, damit Verwaltung und Gemeinderat die entsprechenden Vorgaben umsetzen kann.

Auskunft erteilt ab 11 Uhr:

Urs Dickerhof, Direktor Finanzen und Personelles, Tel Mobile 076 444 56 58, urs.dickerhof@emmen.ch

Emmenbrücke, 19. Oktober 2016